

ICH BEKENNE MICH

Die Erinnerungen des Franz Josef Strauß (V): Der Kampf um die Atomstrategie

Im November 1960 war John F. Kennedy mit knappem Vorsprung vor Richard Nixon zum Nachfolger von Präsident Eisenhower gewählt worden. Die deutsche Politik hatte sich auf diesen Wechsel einzustellen. Nach dem soliden, phantasiereichen Konzeptionen abgeneigten Eisenhower kam ein junger Mann, der Amerika zu neuen Ufern führen wollte. Kennedy und seine liberale Führungsschicht von der Ostküste schienen die damaligen Modewörter „egghead“ und „thinktank“ geradezu erfunden zu haben. Skeptikern wie mir fiel dabei freilich auch der Begriff „deskwarriors“, Schreibtischkrieger, ein.

In meinem Bonner Ministerium verfolgten wir den Regierungswechsel in Washington mit großer Aufmerksamkeit. Das Verteidigungsressort kümmerte sich damals noch viel mehr um außenpolitische Fragen als dies später der Fall war, als es auf den Status eines reinen Bundeswehrministeriums zurückgedrängt wurde und sich zurückdrängen ließ. Die Änderungen, die sich mit dem Amtsantritt der Regierung Kennedy abzeichnen schienen, nährten die Furcht vor einem Abbau

oder einer Verringerung der amerikanischen Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik Deutschland. Unsere Sorge vor dem Hintergrund einer schwelenden und im Sommer 1961 dann akut werdenden Berlinkrise war, daß sich bei den Amerikanern womöglich eine optimistisch-irreale Beurteilung der sowjetischen Politik einnisten könnte.

Die Einstellung der Europäer zu den über die entscheidende Atommacht verfügenden Amerikanern war und ist zwiespältig, scheinbar sogar paradox. Die Amerikaner galten als absolut zuverlässig, solange ihre Heimat nicht in Gefahr war. Sie galten als nicht mehr so zuverlässig von dem Augenblick an, als die Sowjets über die Möglichkeit verfügten, mit ihren Atomwaffen Ziele in Amerika anzugreifen. Die Amerikaner wiederum hatten kein Verständnis dafür, daß ihre Bemühungen, weniger verwundbar zu werden – 1983 hieß das Stichwort SDI –, von den Europäern als ein Versuch des Rückzuges aus der europäisch-atlantischen Schicksalsgemeinschaft interpretiert wurden.

Die Amerikaner hatten und haben es schwer, es den Europäern rundum recht zu machen. Deshalb ist die nukleare Dis-

© Siedler Verlag Berlin.



Washington-Besucher Adenauer (M.), Präsident Kennedy, Ehefrau Jacqueline (1961): „Der Groll blieb“

Franz Josef Wimp

kussion im Bündnis so kompliziert. Totale Abschreckung, abgestufte Abschreckung, Flexible Response, Vorwärtsverteidigung – um der Sowjetunion nicht den geringsten Vorwand zu geben, darunter werde ein Angriff auf ihr Territorium und das ihrer Verbündeten verstanden, später umbenannt in Vorverteidigung –, alle diese Begriffe markieren mühsam erreichte Stationen der bündnispolitischen Diskussion.

Am 21. November kam es zu einer Besprechung im Arbeitszimmer des amerikanischen Kabinetts. Kennedy, der wegen seines Rückenleidens in einem Schaukelstuhl saß, leitete die Sitzung. Neben Adenauer nahmen die Außenminister Dean Rusk und Gerhard Schröder sowie Verteidigungsminister Robert McNamara und ich teil. Ein amerikanischer Oberst gab einen Bericht über die Kräfteverhältnisse auf beiden Seiten, zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

Mir fiel sofort auf, daß die militärische Stärke des Warschauer Paktes ganz anders dargestellt wurde als in vorange-

gangenen Nato-Konferenzen. Die Zahl der verfügbaren Divisionen – der ersten Welle aus dem Stand, der zweiten Welle innerhalb von 30 Tagen, der dritten Welle innerhalb von 60 bis 90 Tagen – wurde viel niedriger angegeben, als es bisher innerhalb der Nato die Regel war, obwohl auch dort die Amerikaner das Lagebild bestimmten.

Ich meldete mich als erster zu Wort. Die offensichtliche Diskrepanz veranlaßte mich zu der Bemerkung, daß es zwar erfreulich sei, wenn die feindlichen Stärken geringer seien als angenommen – was ironisch gemeint war und auch so verstanden wurde –, aber ich wolle trotzdem davor warnen, die Stärke der sowjetischen Armeen auf amerikanischen Schreibstischen auf- oder abzubauen. Gerhard Schröder war empört über mich, Adenauer vielleicht unangenehm berührt, was er aber nicht zu erkennen gab, die Amerikaner waren betreten.

Ich könne nicht sagen, so fuhr ich fort, welche Darstellung die richtige sei, jedenfalls müsse ich aus eigener Erinnerung feststellen, daß uns bislang im Rahmen der Nato die Stärke der sowjetischen und der verbündeten Ostblock-Armeen hinsichtlich der Verfügbarkeit und Einsatzfähigkeit in einer für den Westen wesentlich ungünstigeren Weise dargelegt worden seien, als es hier geschehe. Damit erhebe sich für mich die Frage, welche Darstellung stimme und von welchen Kräfteverhältnissen wir ausgehen müßten.

Die Vorstellung, daß der deutsche Verteidigungsminister sozusagen mit einem eigenen Lagebild im Bündnis und gegenüber den USA hätte auftreten können, weil man über eigene Kundschafter, über ein vollständiges eigenes Informationsnetz und deshalb über Souveränität auf dem Felde der Aufklä-

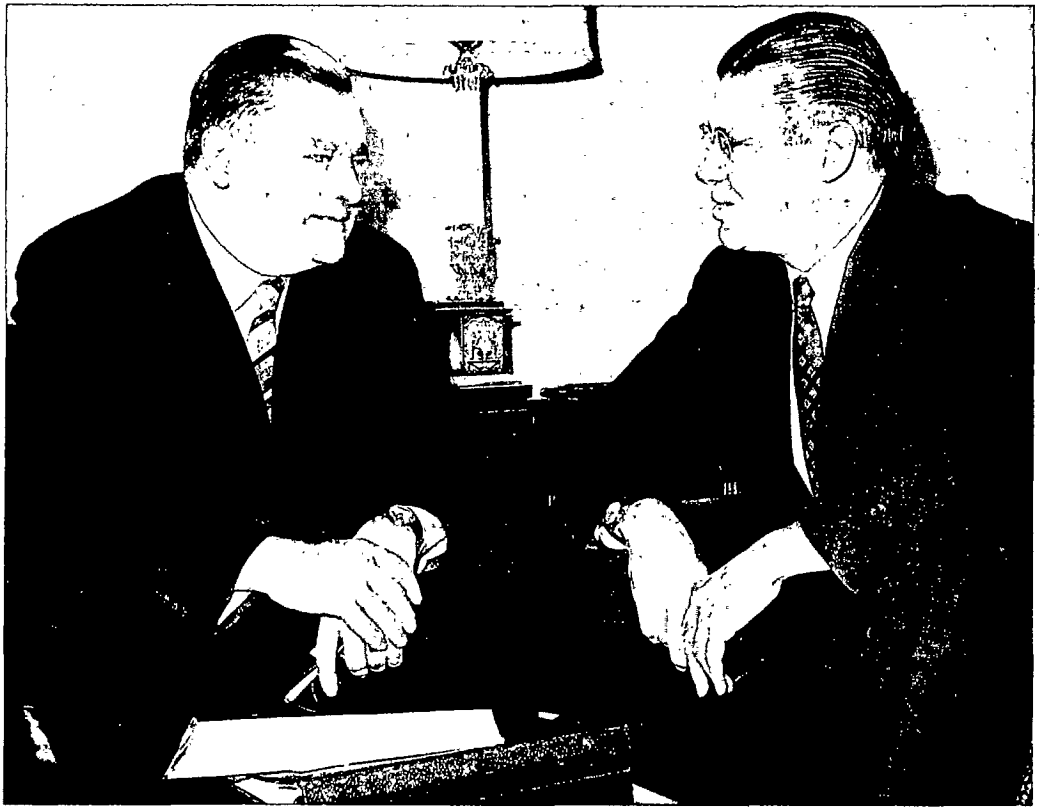
„Außenminister Schröder war empört über mich, die Amerikaner waren betreten.“

rung verfügte, ist theoretischer Natur. Auch der Hinweis auf die große Rußland-erfahrung der Deutschen im Zweiten Weltkrieg geht an der Realität vorbei. Die deutsche Rußland-erfahrung war Vergangenheit, und was unsere Agentenaufklärung betraf, so war sie fast gleich Null.

Die „individuelle“ Spionage hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders nach der Übernahme der „Organisation

Gehlen“ als BND in den Dienst der Bundesrepublik Deutschland 1956, sehr schnell zurückentwickelt. Was blieb, war vor allem die elektronische Aufklärung, also Abhörtechniken aller Art, und die Auswertung der Publizistik aus dem Bereich des potentiellen Gegners. Dazu kamen dann die von den Verbündeten, vor allem von den Amerikanern, erzielten Ergebnisse der Luftaufklärung und der Agententätigkeit.

In der elektronischen Aufklärung war der BND durchaus erfolgreich. Als sich Willy Brandt und Willi Stoph im Mai 1970 in Kassel trafen, wurde von einem Flugzeug aus ein Telefonge-



Verteidigungsminister Strauß, McNamara (1962): „Präventivkrieg oder was?“

sprach, das Stoph mit Walter Ulbricht vom Zug aus führte, abgehört und aufgezeichnet. Ich konnte mich über den Inhalt dieser Unterredung selbst informieren.

Der Widerspruch, der mich in Washington so sehr irritierte, war weit mehr als nur formaler Natur. Alle Überlegungen und Planungen der Nato waren immer auf einem Feindbild aufgebaut, bei dem die Stärke der militärischen Bedrohung die beherrschende Rolle spielte. Um zu einer richtigen Einschätzung zu kommen, waren nicht nur Zahlen wichtig, sondern vor allem die Frage der Verfügbarkeit und Einsatzfähigkeit der Truppen. Hier war der Gegensatz am größten. Ich war der Ansicht, daß die Amerikaner bei der Darstellung der sowjetischen Gefahr mehr oder minder von vorgefaßten Meinungen oder Wunschvorstellungen ausgingen und weniger von veränderten Tatsachen. Der selbsttrügerische Grundsatz, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, schien mir zu offensichtlich. In

Franz Josef Wimmer

den fünfziger Jahren war man davon ausgegangen, daß man es im Kriegsfall mit einer ungeheuer großen, schnell einsatzbereiten und voll funktionsfähigen russischen Dampfwalze zu tun haben werde, die man aufhalten und zurückwerfen müsse, und daß deren militärische Kraft der eigentliche Ansatzpunkt für die Minimalstärke der Nato sei. Hiermit wurde im wesentlichen die nukleare Rüstung begründet. Von 1960 an wurde das Feindbild von den Amerikanern nicht zuletzt deshalb in seiner Bedrohlichkeit abgemildert, weil sie die Notwendigkeit des Einsatzes von Atomwaffen graduell abzubauen wünschten. McNamaras Bemühen, das bei der Nato-Ministerratstagung Anfang Mai 1962 in Athen besonders deutlich wurde, durch eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte des Bündnisses die atomare Schwelle anzuheben und somit Amerikas Sicherheit zu erhöhen, war Ausdruck dieses neuen strategischen Denkens unter Kennedy.

Die Kernfragen der atomaren Strategie des Bündnisses haben sich im Grunde genommen nie revolutionär verändert. Es ging immer darum, das nukleare Risiko auszugleichen. Als Verteidigungsminister war ich mit dieser Problematik praktisch und fast täglich befaßt, wobei jede Entscheidung stets von langfristiger Wirkung war. Die Intuition, die ein Politiker braucht, überwog Rechenspiele und Planungen, die nur allzuoft in der Wirklichkeit nicht aufgehen. Einerseits sollte mit der Kennedy-Politik die nukleare Schwelle angehoben werden durch Verstärkung der konventionellen Streitkräfte, und dies mit dem Ziel, für den Fall eines von niemandem gewollten, aber vielleicht trotzdem ausbrechenden Krieges die Schäden zu minimieren.

Andererseits sollte die Nato keine zu starken konventionellen Streitkräfte haben, weil sonst bei den Sowjets die Angst vor einer möglichen Invasion hätte auftauchen können oder weil dies ihnen zumindest den Vorwand geliefert hätte, dem Westen die Vorbereitung einer Angriffsfähigkeit aus dem Stande vorzuwerfen. Dieser Zwiespalt hat sich immer besonders stark

„Die Kernfrage, die uns bewegte, lautete: Ändern die Amerikaner nun ihre Militärstrategie?“

in der Bundeswehr widergespiegelt. Nicht zuletzt durfte die andere Seite durch zu starke konventionelle Kräfte des Bündnisses nicht die Illusion gewinnen, ein europäischer Krieg könnte konventionell, also ohne Atomwaffen geführt werden.

Gedankenspiele, die darum kreisten, im Ernstfall mehr Zeit zu gewinnen und abgestufte Aktionen vorzunehmen, entsprangen mehr oder minder westlichen

Wunschträumen. Moskau hatte aus seiner Kriegsdoktrin nie ein Hehl gemacht. Selbstverständlich gab es die Beteuerungsformel, daß die östliche Seite keinen Krieg anfangen werde, aber ebenso selbstverständlich lief die Planung darauf hinaus, einen Krieg, wenn er dennoch kommen sollte, nicht auf dem Boden der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, sondern auf dem Territorium des Feindes, also der Nato-Staaten, auszutragen. Sowjetisches Planungsziel war es, die Armee des Feindes zu besiegen, seine Streitkräfte zu vernichten und auszuschalten und das Gebiet des Gegners zu besetzen. Man hätte nicht irgendwo an Weser oder Rhein innegehalten, sondern erst am Atlantik.

Der Westen ging demgegenüber von der Vorstellung aus, daß ein Krieg, den man selbstverständlich nie beginnen würde, durch Aufhalten der feindlichen Truppen zum Stillstand gebracht, eine Verhandlungspause erzwungen und dann Frieden geschlossen werden müsse.

Im Jahre 1960 hatte der pensionierte amerikanische General Maxwell Taylor sein Buch „The Uncertain Trumpet“ veröffentlicht. Resümee: Keine A-Waffen besitzende Macht wird bei Gefahr der Zerstörung des eigenen Landes diese A-Waffen zur Verteidigung der Bundesgenossen einsetzen. Als John F. Kennedy im Januar 1961 Präsident wurde, reaktivierte er Maxwell Taylor, der von 1955 bis 1959 Stabschef des Heeres gewesen war, und machte ihn zu seinem persönlichen Militärberater. 1962 berief er ihn zum Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs. Ich habe den Bundeskanzler sofort gewarnt vor dem, was da auf uns zukommen könnte. Die Kernfrage, die uns bewegte, lautete: Ändern die Amerikaner nun ihre Strategie?

Als ich im Juni 1962 in Washington war, holte mich Paul Nitze am Flugplatz ab. „Ich würde gern mit General Taylor sprechen.“ Nitze: „General Taylor wird zu Ihnen ins Hotel kommen und Ihnen zur Verfügung stehen.“ Ich wollte Taylor eigentlich allein sprechen, er kam aber in Begleitung von Paul Nitze, der fast wie ein Politikkommissar auf mich wirkte. Wir sitzen uns im Shoreham-Hotel in Washington gegenüber, und ich stelle Maxwell Taylor die Gretchenfrage: „Gilt die Meinung des pensionierten Generals, oder gilt die offizielle Nato-Doktrin, die damit nicht vereinbar ist? Was sagt der jetzt reaktivierte General,

* Im Juni 1962 bei der Ankunft auf der Andrews Air Force Base bei Washington; mit Sonnenbrille: Bonns Botschafter Wilhelm Grewe.



US-Unterstaatssekretär Nitze, Besucher Strauß*: „Wie ein Politikkommissar“

Franz Josef Wimp

der als pensionierter General dieses Buch geschrieben hat?“ Antwort: „Herr Minister, die Nato-Doktrin gilt. Was ich in meinem Buch sagte, war meine persönliche Meinung. Ich bin jetzt Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, und was Sie als verbindliche Verteidigungsplanung kennen, ist auch für mich verbindlich.“

Am nächsten Tag besuchte ich Robert McNamara, Kennedys Verteidigungsminister. Meine Frage: „Was haben die Amerikaner, abgesehen von der Nato-Planung, die wir kennen, an Überlegungen für den Einsatz amerikanischer Atomwaffen? Konkrete Frage: Präventivkrieg oder was? Ergänzungsfrage: Werden die Amerikaner Atomwaffen als erste verwenden?“ McNamara zu mir: „Ich möchte Ihnen nicht hier im Pentagon meine Antwort geben. Ich lade Sie für Sonntag abend zu mir nach Hause ein.“ Zu dem Abendessen kamen außerdem Maxwell Taylor, die Chefs der Luftwaffe und der Marine sowie Paul Nitze. Nach dem Essen sitzen wir zusammen.

McNamara räumt ein, daß er seine Antwort nicht schriftlich geben könne, die einschlägigen Dokumente seien nicht für die Bundesgenossen bestimmt: „Wir lehnen einen Präventivkrieg rundweg und bedingungslos ab. Das entspricht nicht amerikanischem Denken, das ist völlig ausgeschlossen. Aber: Nicht ausgeschlossen ist ein „preemptive strike“.“ Worin denn der Unterschied bestehe, will ich wissen. Was ein Präventivkrieg ist, sei, so McNamara, klar. Wenn sich jedoch ein Gesamtbild aus Geheimdienstquellen und Luftaufklärung ergebe, aus dem der Aufmarsch der anderen Seite eindeutig hervorgehe, und keine Zweifel mehr möglich seien, daß der Krieg in wenigen Stunden ausbreche, man gewissermaßen nur auf den ersten Schuß warte, dann dächten die USA auch an einen „preemptive strike“, einen atomaren Erstschoß, um die Kapazität der Sowjets zu vermindern.

Meine drängende Frage, ob es nach amerikanischer Vorstellung eine Lage geben könnte, in der die USA als erste Atomwaffen verwendeten, war damit in überraschender Weise beantwortet. Und die Antwort war eindeutig: Präventivkrieg nein, „preemptive strike“ dann, wenn es keinen Restzweifel mehr gibt, daß in wenigen Stunden der Feind losgeschlagen wird. Für die Amerikaner war die Nato-Doktrin der „massive retaliation“ eigentlich schon mit dem Dokument MC-70 gestorben. Von da an galt im Prinzip eine Strategie der Flexible Response, die von 1962 an diskutiert und 1967 vom Bündnis beschlossen wurde.

Der Groll gegen die Kennedy-Administration blieb, und es blieb die Sorge, daß die Amerikaner gegenüber den Sowjets einen weichen Kurs fahren könnten und zum Schluß Europa in den sowjetischen Sog gerate. Meine Grundstimmung war Mißtrauen. Es lag jedoch jenseits der Möglichkeiten des deutschen Verteidigungsministers, hier Pflöcke einzuschlagen, die der Unsicherheit im Bündnis und der Unsicherheit der deutschen Lage ein Ende gesetzt hätten. Bundeskanzler und Bundesregierung haben gar nicht erst versucht, sozusagen eine deutsche Vektorrolle einzubauen in die großen Fragen der Nuklearstrategie. Man hat sich nicht getraut, obwohl die Deutschen schon wegen der geographischen Lage ihres Landes von diesen Problemen in existentieller Weise betroffen sind.

„Es blieb die Sorge, die Amerikaner könnten gegenüber den Sowjets einen weichen Kurs fahren.“

In Washington, in Kreisen der Nato und auch in Bonn habe ich immer wieder auf die Binsenwahrheit hingewiesen, daß, wenn es zu einem Krieg käme, unser Land zu beiden Seiten des Eisernen Vorhangs Kriegsschauplatz und das Volk der Deutschen erstes Opfer wäre. Deshalb, so meine Schlußfolgerung, hätten wir einen legitimen Anspruch darauf, über den Einsatz von Atomwaffen mitzuentcheiden, an-

dernfalls legten wir die Entscheidung über Leben und Tod, über das biologische Überleben der Deutschen, in die Hände von Politikern und Militärs anderer Länder.

Die im Dezember 1966 beschlossene Nuclear Planning Group der Nato ist alles andere als ein Ersatz und bei nüchterner Beurteilung kaum mehr als eine Geste des guten Willens der Amerikaner, ein Placebo für die Verbündeten und ein Feigenblatt für die amerikanische Suprematie. Da läßt man den kleinen Kasperl mit der Kindertrompete neben der Militärmusik herlaufen und ihn glauben, er sei der Tambourmajor.

Zurückgekehrt nach Deutschland, kam es zu einer der skurrilsten Szenen meiner gesamten politischen Laufbahn. Ich bat

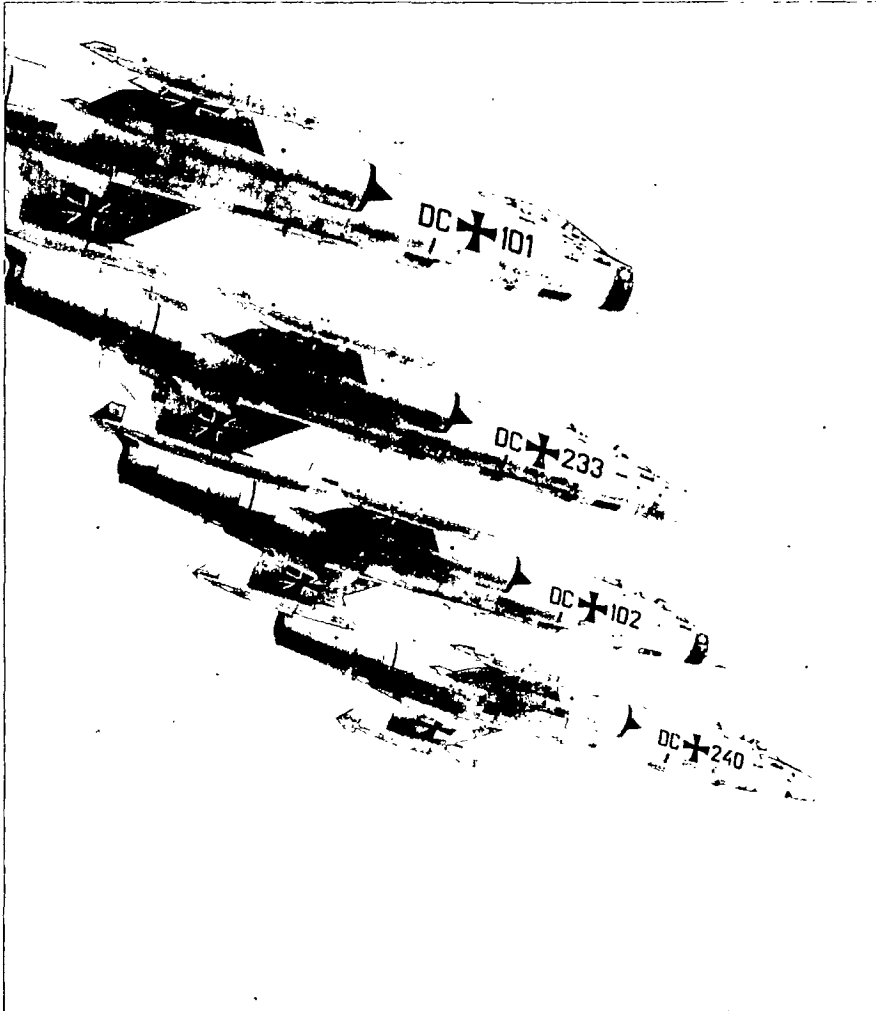


Generalinspekteur Foertsch, Chef Strauß: „Wie ist die deutsche Lage?“

die Generale Foertsch und Schnez zu mir und berichtete ihnen von meiner Reise, von meinen Gesprächen mit Maxwell Taylor und McNamara. Mein Auftrag an den Führungsstab der Bundeswehr:

Erarbeiten Sie eine Kriegsplanung, die unterstellt, daß die Amerikaner vom „preemptive strike“ Gebrauch machen. Also statt der traditionellen Nato-Annahme, daß beispielsweise bei Hof geschossen wird, daß es bei Coburg weitergeht und so weiter, ein atomarer Erstschoß der USA. Die Sowjets wollen Krieg, die Sowjets wollen angreifen, die Sowjets wollen sich durch einen Erstschoß einen entscheidenden Vorteil verschaffen, nur ist noch nicht geschossen worden, kein Gewehr und kein Maschinengewehr, keine Kanone und keine Haubitze ist in Tätigkeit getreten. Aber das Bild ist zwingend, die Sowjets schlagen jetzt los. Wie ist dann die deutsche Lage?

Ich informiere den Bundeskanzler. In seiner nächsten Sitzung befaßt sich der Bundesverteidigungsrat mit dem Thema. Foertsch leitet kurz ein, Schnez gibt eine etwa einstündige Darstellung. Dann der Bundeskanzler: „Haben Sie das schrift-



Atomwaffenträger Starfighter: „In 600 Sekunden in der Luft“

lich?“ Foertsch: „Ja, aber nicht in ausgearbeiteter Form, nur als Rohmaterial für meinen Vortrag, Herr Bundeskanzler.“ Adenauer: „Das ist so wichtig, das muß ich schriftlich haben, das möchte ich gründlich nachlesen.“

Die Generale arbeiten mit ihren Mitarbeitern diese Denkschrift aus, ich richte ein Geheimschreiben an den Bundeskanzler, daß ich seinem Auftrag entsprechend den Inhalt der mündlichen Vorträge der Generale Foertsch und Schnez in schriftlicher Form übermittle.

Kurz darauf ruft mich Bundespräsident Heinrich Lübke an, ein väterlicher Freund. Er müsse mit mir ganz vertraulich reden, könne das nicht am Telefon tun, ich solle zu ihm kommen. Ich gehe zu Lübke, er und ich sind allein, ohne Zeugen. Lübkes Eröffnung: „Herr Strauß, bei mir war der Bundeskanzler und hat Ihre Entlassung beantragt.“ Zwar hatte es seit meiner Berufung viele Meinungsverschiedenheiten mit dem Bundeskanzler gegeben, aber dennoch machte mich Lübkes Mitteilung fassungslos.

Der Bundeskanzler habe ihm mit Grabesstimme eröffnet, so Lübke, Strauß plane einen Präventivkrieg, und er, Adenauer, werde binnen kurzem den Bundespräsidenten bitten, die Entlassungsurkunde für Strauß zu unterschreiben. „Was sagen Sie dazu, Herr Strauß?“ Da sage ich: „Herr Bundespräsident, das ist unfäßbar, das ist unglaublich!“ Dann habe ich ihm die Geschichte erzählt. Obwohl Lübkes militärischer Überblick nicht sehr groß war, konnte ich ihm den Vorgang, glaube ich, einigermaßen klarmachen. Dann bin ich zur Offensive übergegangen und mit der Bonner CSU-Spitze bei Adenauer anmar-

schiert: „Herr Bundeskanzler, Sie werfen mir die Vorbereitung eines Präventivkrieges vor. Das ist eine ausgemachte Lüge, eine unerhörte Diffamierung. Wie kommen Sie zu dieser Behauptung?“ Ich dachte mir, jetzt ist es ohnehin vollkommen gleichgültig, was du sagst, und habe den Bundeskanzler angenommen, wie kein Mensch glaubt, daß Adenauer jemals von einem seiner Minister angedredet worden ist. Ich war wütend und fest entschlossen, aufs Ganze zu gehen.

Adenauer sagte: „Sie haben doch eine Denkschrift eingereicht, in der Sie den Präventivkrieg empfehlen.“ – „Auch Ihnen, Herr Bundeskanzler, ist es nicht erlaubt, sich so töricht zu dieser Frage zu äußern. Sie wissen doch ganz genau, was ich Ihnen berichtet habe. Was mir die Amerikaner auf meine konkrete Frage über einen möglichen ‚preemptive strike‘ mitgeteilt haben, das haben im Verteidigungsrat die Generale Foertsch und Schnez in einem Vortrag erläutert. Sie haben über das Kriegsbild anhand der vertraulichen Informationen gesprochen, die man mir in Washington persönlich gegeben hat. In der Denkschrift steht, daß die Amerikaner einen Präventivkrieg unter allen Umständen ablehnen, daß sie sich aber den ‚preemptive strike‘ vorbehalten. Und das, was in der Denkschrift steht, stammt aus dem Pentagon, als Information, als Grundlage für unsere Überlegungen. Den Vortrag der Generale Foertsch und Schnez haben Sie selbst gehört, die schriftliche Ausarbeitung ist nur die exakte Wiedergabe des mündlichen Vortrages. Sie haben sie ja um Übermittlung des Textes

gebeten, und meine Mitwirkung hat sich darauf beschränkt, daß ich in einem Anschreiben Sie von der Erfüllung Ihres Wunsches oder Ihres Auftrages unterrichtet habe.“

Adenauer: „Ja, da steht das drinnen von dem Präventivkrieg.“ – „Herr Bundeskanzler, das ist eine Lüge. Sie haben die beiden Schreiben.“ Ich merke, wie Globke sich verfährt, er spürt, daß Adenauers Stellung nicht zu halten war.

Ich setze nach: „Ich verlange, daß die Denkschrift hier auf den Tisch gelegt wird, dann reden wir darüber. Das lasse ich mir nicht gefallen, daß Sie mich als Verbrecher hinstellen.“ Globke eilt hinaus, bringt das Papier.

„Herr Bundeskanzler, aus welcher Zeile dieser Denkschrift entnehmen Sie den Präventivkrieg?“ Adenauer: „Globke, wo steht denn das?“

Ich werde lauter: „Herr Bundeskanzler, da steht drin, daß ein Präventivkrieg ausgeschlossen ist. Offen bleibt die Möglichkeit eines ‚preemptive strike‘. Herr Bundeskanzler, wer könnte denn einen solchen ‚preemptive strike‘ auslösen, den ich als möglich bezeichnet habe aufgrund der amerikanischen Information? Den kann doch nicht der deutsche Verteidigungsminister auslösen! Ich kann vielleicht ein paar verrückte Bataillonskommandeure anhalten, an der Grenze herumzuschießen, aber einen ‚preemptive strike‘ mit nuklearen Waffen, wie stellen Sie sich denn das vor? Nur der amerikanische Präsident kann diesen Befehl geben. Ich bin doch nicht der amerikanische Präsident!“

Dann wurde ich beleidigend: „Wissen Sie was, Herr Bundeskanzler? Sie haben ein Lexikon aus dem Jahre 1890, als Sie

Franz Josef Wimp

in die Schule gegangen sind, dort steht das Wort 'preemptive strike' noch nicht. Sie haben keine Ahnung, was 'preemptive strike' bedeutet. Sie haben keine Ahnung von den Begriffen der modernen Verteidigungstechnik. Bevor Sie so absurde Vorwürfe erheben, sollten Sie mich fragen, was 'preemptive strike' ist. Es steht sogar drin, in der Denkschrift, was das ist, und auch, daß es keinen Präventivkrieg gibt, steht ausdrücklich drin. Wie können Sie dann behaupten, daß ich einen Präventivkrieg will? Wenn Ihr Wissen nicht ausreicht, den Begriff 'preemptive strike' zu verstehen, ist es Ihre Sache, Ihre Unzulänglichkeit. Aber das erlaubt Ihnen nicht, mir verbrecherische Pläne zu unterstellen."

Adenauer vollzog eine Kehrtwendung um 180 Grad: „Ja, dann ist die Angelegenheit damit erledigt. Ich nehme den Vorwurf zurück.“ Das war im Sommer 1962. Sicherlich hat sich mein Verhältnis zum Bundeskanzler von dieser Auseinandersetzung nie mehr ganz erholt.

Nach dem Gespräch mit McNamara im Jahre 1962 über das atomare Kriegsbild war mir ein für allemal klar: Ein Krieg ist nicht mehr denkbar, weil er nicht mehr kalkulierbar ist. Aufgrund dieses Wandels der Apokalypse bin ich davon überzeugt, daß es keine geschichtliche Veränderung mehr durch Kriege oder Revolutionen geben wird. Krieg wäre ein Spiel mit dem Selbstmord. Diese festgegründete Einsicht ist elementarer Bestandteil meiner militärphilosophischen und politisch-strategischen Konzeption. Wäre damit die Geschichte zum Stillstand gekommen, weil zwei ihrer Hauptantriebskräfte, nämlich Krieg und Revolution, nicht mehr möglich sind?

Nein. Die Schlachtfelder und Revolutionsbarrikaden haben sich nur verlagert. Die Welt der Medien mit ihren ungeheuren Auswirkungen, die keine echte Abschottungsmöglichkeit mehr bieten, die Laboratorien der Wissenschaft, die Studios der Denker, die Schreibtische der Ingenieure, die Produktionshallen moderner Industrie – hier werden die Schlachten von morgen geschlagen, das sind die Schlachtfelder der Zukunft. Hier wird entschieden, welches System das stärkere ist.

Deshalb liegt der Sinn des Militärischen nicht mehr in Aufmarschplänen, nicht mehr darin, Kriege vorzubereiten, nicht mehr darin, militärische Siege zu planen, sondern nur noch darin, dem potentiellen Aggressor die Anwendung militärischer Mittel gegen uns unmöglich zu machen. Das ist der einzige Sinn des schweren

„Herr Bundeskanzler, Sie haben keine Ahnung von den Begriffen moderner Verteidigungstechnik.“

Berufs des Soldaten – die beste Ausbildung, und beides darf nie angewandt werden!

Die Offiziere, die den von den Atomwaffen erzwungenen Wandel jedes Kriegsgedankens nicht mit allen Konsequenzen zur Kenntnis nehmen wollten, hatten gewissermaßen noch immer die „Höhe 305“ vor Augen, die es zu erstürmen galt. Für die anderen Offiziere waren mit der

Wandlung der Apokalypse alle Gesetze der bisherigen Kriegführung praktisch außer Kraft gesetzt. Zu dieser „nuklearen Kriegsverbotschule“ gehörten der Führungsstab der Luftwaffe einschließlich Kammhubers und ein Teil des Führungsstabs des Heeres.

Einer meiner schärfsten Kritiker, General Müller-Hillebrand, meinte, daß für alle militärischen Aufgaben der Generalstab zuständig sei und daß der Verteidigungsminister lediglich die Aufgabe habe, im Parlament die Entscheidungen des Generalstabs zu vertreten und die finanzielle Ausstattung der Streitkräfte sicherzustellen. Meine Auffassung von einem dem Parlament verantwortlichen Minister in einer Demokratie sah anders aus. Auch anders als zu Zeiten Bismarcks und seiner Nachfolger, wo die Arbeitsteilung ebenfalls sehr eindeutig war: für das Militärische der Generalstab, für seine Abdeckung im Parlament der Minister!

Mit Müller-Hillebrand hatte es während seiner Verwendung in der Personalabteilung mehrfach Zusammenstöße gegeben. Einmal bestellte ich ihn zum Rapport. Als er eine Viertelstunde warten mußte, verließ

er das Vorzimmer mit der Begründung, diese Warterei im Zimmer eines zivilen Ministers könne man ihm nicht zumuten. Ich ließ ihn durch Feldjäger zurückholen und las ihm in unmißverständlicher Weise die Leviten. Er wurde dann von mir zunächst als stellvertretender Divisionskommandeur zur Truppe versetzt.

Der Vorfall erregte, auch weil Müller-Hillebrand im konservativen Teil des Offizierskorps starke Unterstützung hatte, größte Aufmerksamkeit. Vor allem die Tatsache, daß Strauß einen General von Feldjägern vorführen ließ, fand ein breites Presseecho. Es kam zu heftigen Diskussionen in der militärischen Führung. Daraufhin hielt ich im Ministerium einen zweistündigen Vortrag, um für Klarheit zu sorgen und verlorengegangene Maßstäbe wieder zurechtzurücken. Ich sprach über meine Einstellung zum Militärischen, über das Verhältnis von politischer und militärischer Verantwortung in der



Bundespräsident Lübke, Strauß (1962): „Das ist unglaublich!“



Strauß, Nato-General Norstad, Kanzler Adenauer*: „Entsetzlich und überflüssig“

Armee eines demokratischen Staates, über notwendiges Vertrauen, über Befehl und Gehorsam.

Die Unterstellung, ich hätte mit allen Mitteln die atomare Bewaffnung der Bundeswehr betrieben und die Nato mehr oder weniger gezwungen, diese Bewaffnung den Deutschen einzuräumen, ist reine politische Hetze. Dies geht schon daraus hervor, daß ich als Bundesminister für Verteidigung nicht einmal die atomare Zielkartei des Bündnisses kannte.

Die Alarmbomber mußten vom Alarm an in 600 Sekunden in der Luft sein. Amerikanisches Personal hätte im Ernstfall nach einem komplizierten Verfahren die Waffen einsatzfähig gemacht. Der Pilot, der bis zu diesem Augenblick nicht wußte, welches der vorgesehenen Ziele er anfliegen sollte, bekam, während er seine Maschine startklar machte, einen Umschlag überreicht, aus dem die Zielkoordinaten in Grad, Minuten und Sekunden hervorgingen. Diese Koordinaten hatte der Pilot einzuspeisen. Ich habe nie einen der blauen Briefe, die unseren Piloten beim Alarmeinsatz überreicht wurden, in der Hand gehabt, geschweige denn gelesen. Die Übergabe der Briefe mit den Zielkoordinaten war eine Sache zwischen den Amerikanern und den Piloten. Auch der Führungsstab der Bundeswehr war nur zum Teil eingeweiht. Ich wurde ohnehin schon so sehr mit der atomaren Kriegführung identifiziert, daß jedes Drängen auf Einsichtnahme von meiner Seite als eine neuerliche Aktion des atomwaffenbesessenen Verteidigungsministers dargestellt und diffamiert worden wäre.

Im Ernstfall hätte es so ausgesehen, daß, sobald der angegebene Punkt erreicht war, die Bombe fiel. Verlangt wurde eine Eindringtiefe in den gegnerischen Raum von 1000 Kilometern mit Rückkehr. Schon aus diesem Grund kamen viele Flugzeu-

ge von vornherein nicht in Frage, weil sie nicht auf 1000 Kilometer „usual range“ gebracht werden konnten. Ein Ziel waren die Brücken über den Bug. Es wäre Aufgabe der deutschen Luftwaffe gewesen, sie im atomaren Einsatz zu zerstören.

Das erfuhr ich jedoch erst, nachdem ich dem Nato-Oberbefehlshaber Europa, General Norstad, klargemacht hatte, daß es unerträglich sei, wenn die Deutschen, deren Territorium zu beiden Seiten der Demarkationslinie im Ernstfall Kriegsschauplatz sei, keinerlei Information über die atomare Zielkartei hätten. Norstad hatte Verständnis für mein Vorbringen; zwar könne er mich nicht einweihen, aber er mache mir einen Vorschlag, der auf dasselbe hinauslaufe. Wir sollten uns auf einen meiner militärischen Mitarbeiter einigen, dem dann Einblick gegeben würde. Dieser Mann war Generalmajor Albert Schnez, den ich umgehend nach Paris zur Nato schickte. Er kam zurück und berichtete mir voller Entsetzen: „Um Gottes Willen, da bleibt im Falle des Falles nichts mehr übrig. Nicht nur die Zahl der Ziele, sondern auch die Wiederholung der Angriffe auf bestimmte Ziele – es ist furchtbar! Es bleibt nichts mehr übrig von Deutschland. Das ist nicht zu verantworten.“ Das wiederholte Anfliegen und Bombardieren desselben Ziels hatte die schauerlich-verharmlosende Bezeichnung „nachheizen“!

Ich wandte mich sofort an Norstad: „Was mir General Schnez mitteilt, ist für uns unannehmbar. Es ist entsetzlich, und außerdem ist es überflüssig. Ein derart massiver Einsatz so vieler Sprengkörper und obendrein dieselben Ziele mehrmals angreifen – das ist so, als wenn man drei Tage nach dem 6. August noch eine Bombe auf Hiroshima geworfen hätte und vielleicht drei Tage später noch eine!“ Wir haben die Zielkartei dann gemeinsam so bereinigt, daß die Mehrzahl der Ziele und die Wiederholung der Angriffe auf gleiche Ziele gestri-

* Mit Generalinspekteur Foertsch und Offizieren im September 1961 in Bonn.

Franz Josef Wimp

chen wurden. Ich selbst habe die Zielkartei auch dabei nicht zu Gesicht bekommen.

Das war die Zeit, als wir im Verteidigungsministerium mit unserer Überzeugung an die Öffentlichkeit gingen, daß kein Krieg mehr zu gewinnen sei, daß Krieg die neue Apokalypse bedeute, daß die Parole nur heißen könne: Um keinen Preis mehr einen Krieg! Die Atomwaffen unterlagen gerade in diesen Jahren einem Funktionswandel, das Bild, das man sich von ihnen machte, wechselte mehrfach – erst von der weiterentwickelten Artillerie zur absoluten Waffe, dann von der absoluten Waffe der Kriegführung zur absoluten Waffe gegen die Kriegführung. Diese Entwicklung löste bei den militärischen Spitzen im Verteidigungsministerium hitzige Diskussionen aus.

Das Offizierskorps spaltete sich etwa auf der Etage der Obristen. Die von meinen Gegnern unter den Militärs gegen mich verbreitete Stimmung wurde nicht nur an Konrad Adenauer herangetragen, sie war auch Hintergrund der SPIEGEL-Affäre. Die zentrale Rolle dabei spielte Oberst Alfred Martin.

Der Leiter der Personalabteilung, Ministerialdirektor Gumbel, hatte mir eröffnet, daß Martin entgegen seinem Wunsch nicht die Führung einer Brigade übernehmen könne, weil er aufgrund einer schweren Kriegsverletzung nicht über die volle Verwendungsfähigkeit verfüge, die nach modernen Führungsgesichtspunkten notwendig sei. Damit mußte auch die Beförderung Martins zum Brigadegeneral unterbleiben. Diese Ablehnung fraß innerlich an Martin. Dann wurde er angeblich zum Überzeugungstäter, und obwohl ich ursächlich mit seiner Nichtbeförderung nicht das geringste zu tun hatte, sah er nur noch ein Zerrbild – Strauß, der Atomwaffenpolitiker, Strauß, der Atomkriegstreiber, Strauß, der den ordentlichen Soldaten sozusagen das Gewissen stiehlt und

„Mein Name war zum Synonym geworden für die deutsche Atombewaffnung.“

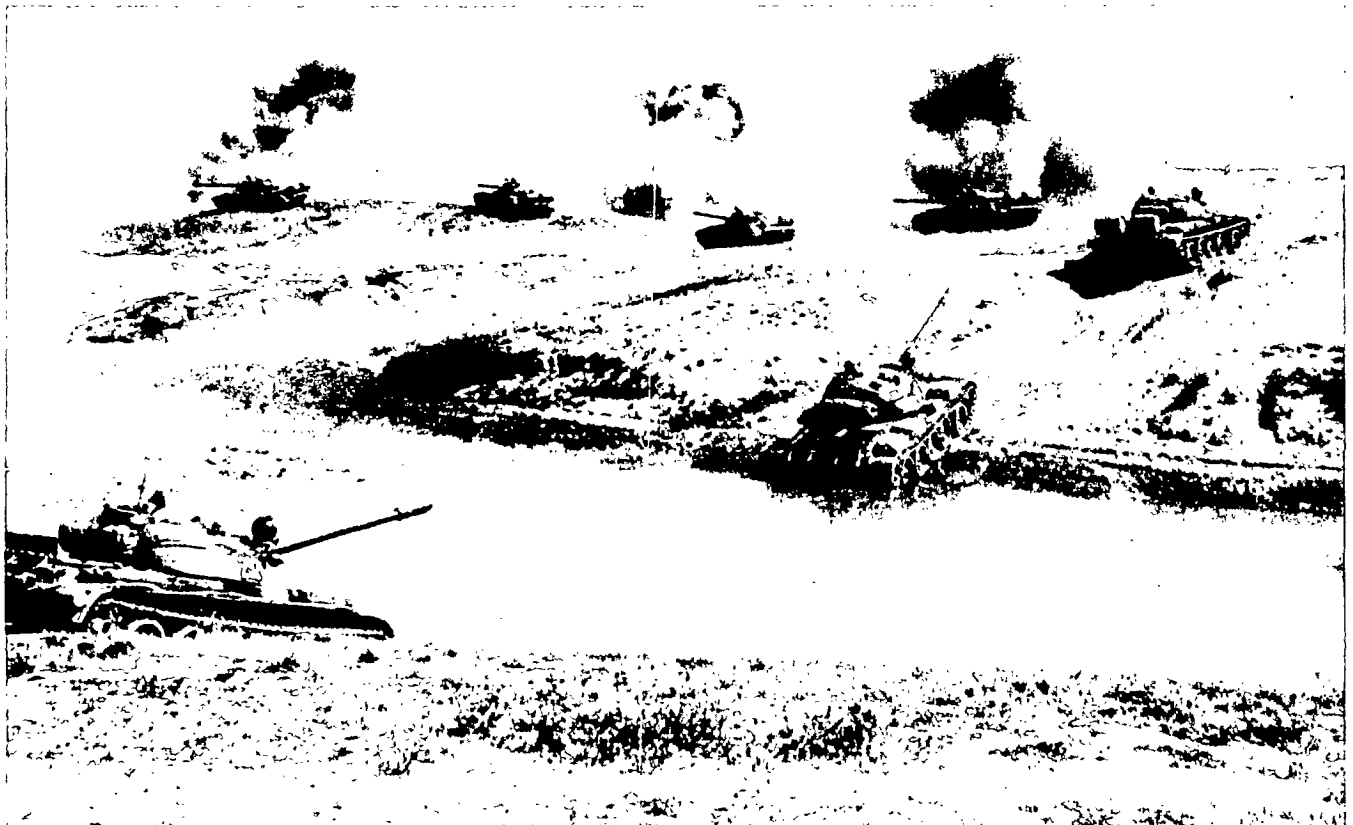
sie zu unmoralischen Handlungsweisen verleiten will. Gegen diesen Strauß müsse mit allen Mitteln Widerstand mobilisiert werden.

Hier bildete sich eine Fronde im Führungsstab der Bundeswehr, was ich jedoch erst im Zusammenhang mit der SPIEGEL-Krise in seiner ganzen Tragweite erfaßte. Oberst Martin war jener Gesinnungstäter, der dem SPIEGEL – außer

dem klassifizierten Bericht über die Übung „Fallex 62“ – wahrscheinlich auch die berüchtigte Zielkartei überließ. Der SPIEGEL hatte indessen so viel Instinkt, nicht alles zu veröffentlichen, was ihm zugespielt worden war. Hätte er alles publiziert, was nachher im Panzerschrank von Augstein gefunden wurde, dann wäre dieser unter fünf Jahren wohl nicht weggekommen.

Im Januar 1975 schrieb mir der damalige Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger, der sich in seiner Zeit als Bundesjustizminister mit der Materie vertraut gemacht hatte: „Auch wenn der Landesverratsfall wesentlich weniger gravierend gewesen wäre, als er es war, hättest Du als Verteidigungsminister das Recht und die Pflicht, alles mögliche zu seiner Aufklärung zu tun.“ Jaeger gestand ein, daß er „den berühmten Ausspruch von Konrad Adenauer vom ‚Abgrund von Landesverrat‘ für eine vielleicht psychologisch geschickte, aber doch übertriebene Formulierung gehalten und sich erst beim Studium der Akten davon überzeugt habe, daß Adenauer voll und ganz recht hatte“. Auch der spätere Bundespräsident Karl Carstens, 1966/67 Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, hat mir, offensichtlich nach gründlicher Kenntnisnahme der Akten, bestätigt, daß mein Verhalten in der SPIEGEL-Krise vollauf gerechtfertigt gewesen sei.

Mit meinem Ausscheiden als Verteidigungsminister trat zunächst Ruhe ein. An dem strategischen Kernproblem aber änderte sich nichts. Mein Name war zum Synonym für Atombe-



Sowjetische Panzer im Manöver auf einem Truppenübungsplatz: „Unter den gegebenen Übeln das geringste“

waffnung geworden. Die Schelle hat mir der SPIEGEL umgehängt, aber auch die Ostblockpropaganda und Teile der Massenmedien zogen kräftig mit.

★

Von Mai bis August 1959 findet in Genf die Viermächte-Konferenz statt, ein Jahr später kommt es zum Abschluß der amerikanischen U-2 über der Sowjetunion und zu Chruschtschows Schuh-Auftritt im Plenum der Vereinten Nationen. Anfang Juni 1961 treffen sich Chruschtschow und Kennedy in Wien. Was sich ungebrochen fortsetzt, ist das Ausrinnen der DDR, die Massenflucht in den Westen.

Nach unserer Informationslage, basierend auf Berichten der eigenen und der alliierten Dienste, konnten wir 1961 von drei Möglichkeiten ausgehen: Erstens, totale Blockade von Berlin, ähnlich wie 1948; zweitens, eine Forderung der Sowjetunion, ihr oder den Behörden der DDR die Kontrolle der West-Berliner Flughäfen Tempelhof und Tegel zu ermöglichen, um so das Schlupfloch zu stopfen; drittens, der Mauerbau. Das erste wäre der schlimmste Fall gewesen. Das zweite schien politisch utopisch zu sein – daß die Westmächte russische oder DDR-Kontrollen auf ihren Flugplätzen zulassen würden, war undenkbar. Der Mauerbau schließlich wurde als nicht sehr wahrscheinlich angesehen. Alles in allem richtete man sich auf eine Wiederholung der Blockade ähnlich wie 1948 ein.

Eine militärische Besetzung West-Berlins schlossen wir aus. Damit hätten die Russen den dritten Weltkrieg riskiert, denn die Amerikaner hatten nie einen Zweifel daran gelassen – und das war nicht nur Drohgebärde, das war blutiger Ernst –, daß ein russischer Überfall auf West-Berlin furchtbare Folgen haben würde. Man ging also davon aus, daß die sowjetische Seite letzten Endes rational handeln und sich unterhalb der Schwelle des großen Krieges bewegen werde. Unter Ausnutzung seines gesamten Spielraumes würde Moskau allerdings entscheidende Positionsgewinne anstreben. Als optimales Resultat schwebte Moskau wohl vor, West-Berlin einen von der Sowjetunion oder von der DDR abhängigen Sonderstatus aufzuzwingen.

Die politische Planung im Westen, an der ich marginal, und die militärische Planung, an der ich zentral beteiligt war, liefen nach wie vor auf den schlimmsten Fall hinaus, der aber unterhalb der Kriegsschwelle lag. Die militärischen Vorbereitungen des Westens ließen an eindringlicher Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Vor allem die Amerikaner haben angesichts der krisenhaften Zuspitzung in einer für mich sehr befriedigenden Weise reagiert.

Ich traf mich mit General Lucius D. Clay, der mir im Zusammenhang mit der kritischen Lage um Berlin von interessanten Überlegungen berichtete. Er habe seiner Regierung vorgeschlagen, Berlin förmlich in die Nato aufzunehmen, das heißt, die einschränkenden Bestimmungen gegen die Gültig-

„Die militärischen Planungen im Westen liefen auf den schlimmsten Fall hinaus.“

keit des Grundgesetzes für Berlin in diesem Punkt aufzuheben, Berlin zu einem Bundesland im Sinne des Grundgesetzes zu machen und die Schutzgarantie der Amerikaner als Nato-Macht für die Integrität des Bündnisgebietes auf West-Berlin auszuweiten. Dieser Vorschlag sei abgelehnt worden mit dem Argument, daß dann ein Teil des Nato-Territoriums mitten im Bereich des Warschauer Paktes lä-

ge, was politisch unklug sei. So haben die Vorgesetzten von Clay ihr Nein begründet.

Ob dies die ganze Wahrheit war, weiß ich nicht, ein Teil der Wahrheit war es sicher. Denn immerhin sind Amerikaner, Briten und Franzosen in Berlin gewissermaßen der Souverän, während ihre Anwesenheit in der Bundesrepublik auf vertraglichen Vereinbarungen beruht. In Berlin liegt noch ein Rest der Souveränität des Deutschen Reiches, es hat einen Status anderen Rechts, und dieser wird von den Alliierten verwaltet.



Britischer Flottenadmiral Mountbatten, Strauß: „Mein heftigster Gegner“

Ich suchte Konrad Adenauer in seinem oberitalienischen Urlaubsort Cadenabbia auf, um ihm Bericht über meine Amerika-reise zu erstatten; dabei kam die „contingency planning“ für den von uns angenommenen schlimmsten Fall, eine völlige Blockade Berlins, auf den Tisch: Die Russen geben am Tage X bekannt, daß ab soundsoviel Uhr der Zugang nach Berlin zu Wasser, zu Lande und in der Luft gesperrt ist – was unternimmt der Westen dagegen? Sämtliche Contingency-Pläne wurden durchgespielt, der Fall zu Wasser wurde ausgeklammert.

Die erste Überlegung galt dem Luftraum und den Luftwegen. Wenn Berlin blockiert wird, kann man die Luftbrücke von 1948 wiederholen? Antwort: Nicht mehr nach dem gleichen Muster, allein schon wegen der fehlenden Transportkapazität, aber auch deshalb, weil der Lebensstandard der Bevölkerung inzwischen um vieles höher lag. Trotz aller Hoffnung auf die Tapferkeit der Berliner wären kaum zu bewältigende Versorgungsgengpässe entstanden.

Des weiteren wurde die Frage gestellt, was die Versorgung aus der Luft nütze, wenn die Landverbindungen auf Dauer ge-

* Im Bonner Verteidigungsministerium 1961.

sperrt blieben. Jedenfalls wurde beschlossen, den Passagierverkehr von und nach Berlin fortzusetzen. Wenn die Russen androhen, ihn zu behindern, wird durch alliierte Luftstreitkräfte Geleitschutz geflogen, notfalls werden angreifende Feindflugzeuge abgeschossen. Ein schwieriger Fall, aber dies ist ernsthaft diskutiert worden. Sollten westliche Flugzeuge vom Boden aus durch Flakartillerie oder Raketen beschossen werden, dann sollten diese Stellungen – gleichgültig, ob es sich um russische oder deutsche handelte, was man ohnehin nicht hätte unterscheiden können – zerstört werden. Wenn die schießende Batterie nicht festgestellt werden könnte, dann wäre ein zuvor festgelegtes Ersatzziel in Gestalt einer Flakeinheit zu vernichten. Präventivangriffe auf Flugplätze waren nicht vorgesehen.

Bis zu diesem Punkt herrschte Einigkeit zwischen den Beteiligten. Bei der Beantwortung der Frage, wie die Blockade durchbrochen werden könne, gingen die Meinungen auseinander. Ich habe den Standpunkt vertreten, daß die Sicherheit Berlins und damit auch die Lebensfähigkeit der Stadt Aufgabe der drei Garantiemächte sei und nicht Aufgabe der Bundesrepublik. Wenn die vierte Macht unzulässige Ziele verfolgt und ihre Grenzen überschreiten will, so daß die drei westlichen Garantiemächte in der Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die Stadt in kriegerische Handlungen verwickelt werden, könnte daraus der Nato-Fall entstehen. Dann würde die Bundesrepublik alle ihre Nato-Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit in vollem Umfang erfüllen. So ergriffen wir Maßnahmen wie den Ausbau von Flugplätzen und die Anlage von Depots, in erster Linie in Norddeutschland, und wir kauften zusätzliche Munition.

Im Nato-Hauptquartier in Paris hatte man, hauptsächlich unter dem Einfluß der Engländer, ganz andere Vorstellungen. Dort gingen die Pläne dahin, eine unbewaffnete Kolonne in Richtung Berlin in Marsch zu setzen; sollte sie aufgehalten und zurückgeschickt werden, würde sich ein bewaffneter Konvoi auf den Weg machen, der aber, wenn er angegriffen würde, keinen Widerstand leisten, sondern sich zurückziehen sollte. Als nächstes sollte eine Kampfgruppe mit Panzerverstärkung in Größenordnung einer Brigade losgeschickt werden, dann eine Division, dann mehrere Divisionen und so weiter.

Ich setzte mich gegen diese Pläne mit allem Nachdruck zur Wehr und befahl dem Generalinspekteur, General Foertsch, seine bereits gegebene Zustimmung zurückzunehmen. Wenn der Ernstfall eintrete, so meine Bewertung, dann werde es keinen Krieg um die Autobahn und auf der Autobahn geben, keinen Krieg, den man gewissermaßen von einer Tribüne aus zu beiden Seiten der Autobahn als militärisches Spektakel



Flüchtlinge im Aufnahmelager Gießen*: „Ausrinnen der DDR“

verfolgen könne. Die durch ein solches Vorgehen ausgelöste militärische Entwicklung könne nicht unter Kontrolle gehalten werden. Eine Teilnahme deutscher Verbände sei in diesem Stadium wegen der Rechtslage ausgeschlossen.

Mein heftigster Gegner war, wie mir Foertsch sagte, Lord Mountbatten, der Chef des britischen Verteidigungsstabes. Er verlange am nachdrücklichsten die sofortige Eingliederung der Deutschen in Gestalt von ein oder zwei Divisionen an der Durchbruchfront. Mein Gegenvorschlag war, in der Luft in der vorgeschlagenen Weise zu verfahren, aber statt zu Lande mit stärkeren und immer größeren Einheiten zu operieren, sollte – und hier schieden sich die Geister – eine internationale Blockade gegen die Sowjetunion aufgebaut werden: durch den Entzug der Landeerlaubnis für sämtliche sowjetischen Flugzeuge und durch die Aufbringung sowjetischer Schiffe auf den Ozeanen.

Adenauer hatte meiner Idee einer Seeblockade nichts in den Weg gelegt, ich durfte sie vertreten. Für ihn wie für uns alle war die Vorstellung, daß deutsche Divisionen kämpfen und verbluten würden, schrecklich.

Die von mir vertretene Konzeption stammte, dies sei abschließend festgestellt, von mir. Sie kam nicht von der Generalität, deren Rolle insgesamt nicht besonders stark war. Foertsch hatte in Paris zunächst ja zu den englischen Plänen gesagt. Mein Fernschreiben an den Generalinspekteur in Paris ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Den Text hatte ich im Auto diktiert und sofort absetzen lassen. Kurz danach meldete Foertsch Vollzug. Der Fall war für mich so gravierend, daß Foertsch, wenn er auf seinem Ja beharrt hätte, von mir entlassen worden wäre.

Die Gespräche im Nato-Hauptquartier in Paris sind in kurzen Abständen wiederholt und fortgesetzt worden. Eines Ta-

* Im Juli 1961 kurz vor dem Bau der Berliner Mauer.

ges kam Foertsch zu mir, um mir aufgeregt das Neueste aus dem Nato-Hauptquartier zu berichten. Für den Fall, daß der von den Amerikanern geplante Vorstoß zu Lande nach Berlin von der Sowjetunion aufgrund ihrer Überlegenheit aufgehalten werde, hätten die USA die Absicht, so Foertsch, bevor es zum großen Schlag gegen die Sowjetunion komme, eine Atombombe zu werfen und zwar im Gebiet der DDR. Ich fragte nach: „Im Gebiet der Sowjetunion?“ Nein, so die Antwort, im Gebiet der DDR.

Die Amerikaner brachten diesen Gedanken ernsthaft ins Gespräch, was schon daraus hervorgeht, daß sie uns nicht nur allgemein gefragt haben, sondern daß sie von uns wissen wollten, welches Ziel wir empfehlen. Das war die kritischste Frage, die mir je gestellt wurde.

Ich sagte, diese Verantwortung könne niemand übernehmen. Ein Ziel wie Hiroshima oder Nagasaki komme, so meine eiserne Position, nicht in Betracht, damit würden wir uns trotz eines eventuellen Erfolges, nämlich Erzwingung der Zugänge zu Berlin, eine solche politische Last auferlegen, daß der Preis in keinem Verhältnis stünde zum Ergebnis. Es war dann von einem russischen Truppenübungsplatz die Rede, auf dem große Mengen russischer Truppen konzentriert waren. Wenn diese Atombombe präzise geworfen und wenn sie einen begrenzten Wirkungsradius haben würde, dann wären die Opfer unter der zivilen Bevölkerung weitgehend auf die Menschen beschränkt, die auf diesem Truppenübungsplatz arbeiteten.

Einen Truppenübungsplatz, den ich kannte, habe ich namentlich genannt – ich war dort im Jahre 1942 eine Zeitlang bei der Aufstellung einer neuen deutschen Panzerflak Einheit. Dies schien mir, wenn es schon dazu kommen mußte und wir den Amerikanern nicht in den Arm fallen konnten, unter den gegebenen Umständen das geringste zu sein, obwohl es noch immer schlimm genug war.

Der amerikanische Gedanke eines Atombombenabwurfs auf einen sowjetischen Truppenübungsplatz hätte, wäre er verwirklicht worden, den Tod von Tausenden sowjetischer Soldaten bedeutet. Das wäre der dritte Weltkrieg gewesen. Die Amerikaner wagten einen solchen Gedanken, weil sie sehr genau wußten, daß die Sowjets damals noch nicht über präzise treffende und zuverlässig funktionsfähige Interkontinentalraketen verfügten, auch nicht über einsetzgenaue Mittelstreckenraketen, die in Stellung zu bringen gewesen wären.

Der Krieg hätte also weitgehend in Europa stattgefunden, und zwar als konventioneller Krieg, dem die USA eine nukleare Komponente hinzufügen konnten. Solche Überlegungen sind am Sonntag, dem 13. Au-

„Die Amerikaner hatten die Absicht, eine Atombombe im Gebiet der DDR zu werfen.“

gust 1961, zum Glück Makulatur geworden.

Bei der Berlinkrise von 1961, die sich im Grunde drei Jahre lang aufgebaut hatte, merkte man plötzlich im Frühjahr, daß sich hier etwas zusammenbraute, was außerhalb des üblichen Ost-West-Geplänkels lag und eine weit über Deutschland hinausreichende, eine weltpolitische Dimension hatte. Man spürte, dies kann der

Ernstfall werden, wenn nicht militärisch, dann jedenfalls politisch. Wenn es ein Ereignis gibt, auf das man in der Bundesrepublik seither viele Entwicklungen zurückführen kann, dann ist es diese Krise, dann ist es der Mauerbau, dann ist es die schwache Reaktion Adenauers, dann ist es die Enttäuschung über die Alliierten.

Bei der Betrachtung der Berlinkrise, wie sie sich anbahnte, wie sie sich dramatisch zuspitzte, wie sie abklang, ist meine Bewertung, die ich als Verteidigungsminister vor bald 30 Jahren getroffen habe, aktuell geblieben. Ich hätte nur gewünscht, daß die Alliierten wenigstens den Versuch machten, jenseits der Sektorengrenze tätig zu werden, den zuerst gezogenen Stacheldrahtzaun niederzuwalzen und den Mauerbau zu verhindern. So aber habe ich in dem ganzen Ablauf der Krise eine Bestätigung der Torheiten der Amerikaner gesehen. Gravierende Irrtümer, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu den Fehleinschätzungen und Fehlern der amerikanischen Po-



Berliner Mauer: „Schwache Reaktion Adenauers“

Franz Josef Wimp

litik geführt hatten, trugen 1961 immer noch ihre schlimmen Früchte.

Auch während der Kubakrise vom Oktober 1962 wurden alle strategischen Überlegungen zwangsläufig in einem weniger theoretischen Licht gesehen. Schon vor der Kubakrise waren „Thor“- und „Jupiter“-Raketen in Norditalien und in der Türkei aufgestellt worden. Die Frage der Amerikaner lautete, wie man die Bündnispartner an einem Raketensystem größerer Reichweite beteiligen könne und ob man diese weitertragenden Raketen auf Lastwagen, auf Eisenbahnwaggons oder in Tunnels aufstellen, ob man sie unter Wasser oder über Wasser stationieren sollte.

Der große Unterschied der beiden Krisen bestand für uns darin, daß die Berlinkrise nicht nur geographisch, sondern dadurch, daß wir an vorbereitenden Überlegungen selbst beteiligt waren, auch in ihren möglichen Auswirkungen überschaubar blieb. Wir kannten die Gefährlichkeit der beabsichtigten Maßnahmen und ihrer möglichen Steigerungen, während wir über die amerikanischen Überlegungen und die damit verbundenen sowjetischen Reaktionen im Zusammenhang mit Kuba weniger informiert waren. Wir wußten nur, daß die Amerikaner die Aufstellung sowjetischer Mittelstreckenraketen an ihrem „weichen Unterleib“ mit Gewalt verhindern würden. Unsere Bewertung und Einschätzung der Lage lief darauf hinaus, daß man mit kriegerischen Ereignissen in Europa rechnen mußte, zumindest rechnen konnte.

So haben wir Maßnahmen ergriffen und zum Beispiel Vorbereitungen zur Einberufung von 50 000 bis 60 000 Reservisten getroffen. Das Auswärtige Amt hatte dagegen Bedenken, ebenso Adenauer, weshalb die Aktion ausgesetzt wurde. Die Einberufungen, in allen Einzelheiten geplant, sollten Ende Oktober 1962 an einem Samstag hinausgehen, was dann auf den Sonntag und von Sonntag auf Montag verschoben wurde. Dann zeigte sich, daß die Russen einlenken würden, und so wurde das Ganze wieder abgeblasen.

„Wir haben Vorbereitungen getroffen für die Einberufung von 50 000 bis 60 000 Reservisten.“

Alles in allem aber haben wir die Kubakrise nicht so ernst genommen wie die Berlinkrise.

★

Nach den Wahlen 1961, bei denen die Union die absolute Mehrheit nach vier Jahren wieder verlor, gehörte ich zu denen, die die Meinung vertraten, daß Adenauers Zeit als Bundeskanzler im Ablauf

gegriffen war, ich sah aber auch, daß Erhard bei aller Popularität, die er besaß, nicht durchzusetzen war. Vielleicht war das auch gut so, wie ich nachträglich sagen muß. Erhard war für jede Form machtpolitischer Auseinandersetzung ungeeignet, da ihm der entschlossene Umgang mit den Instrumenten der Macht seinem Charakter nach tief zuwider war. Der gefährdete Adenauer indes verstand es, seine Truppen zusammenzuhalten und schwankende Einheiten wieder zu gewinnen.

Zu denen, die am eifrigsten den Übergang des Kanzleramtes von Adenauer auf Erhard betrieben, gehörte der CDU-Abgeordnete Gerd Bucerius, der offenbar sogar kurze Zeit mit dem Gedanken spielte, eine Art liberale Absplittierung von der CDU zu betreiben, um dadurch die Berufung Erhards zum Kanzler zu beschleunigen. Die „Brigade Erhard“ erwies sich indes als nicht sehr standhaft. Andererseits war klar, daß gegen Ludwig Erhard innerhalb der Union kein Gegenkandidat durchzusetzen war. Auch Adenauers Versuche sind später kläglich mißlungen. Übereinstimmung bestand jedoch darin, zumindest im inneren Kreis der Union, daß die Außen- und Sicherheitspolitik, also ein existentieller Bereich deutscher Politik, nicht Erhards Stärke sei, weshalb er im Falle des Falles von einer starken Phalanx umgeben sein mußte. In dieser Phalanx sollte auch ich, an welcher Stelle und in welchem Amt auch immer, meinen Platz haben.

Daß ich 1961 einen Wechsel der Kanzlerschaft für sinnvoll hielt, blieb Adenauer nicht verborgen – ich wollte es auch gar nicht verbergen. Der Alte hat es mir nicht vergessen. Im März 1962 hatte ich mit dem CDU-Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Franz Meyers, ein vertrauliches Gespräch, über das wir Stillschweigen vereinbarten. Es ging um die Frage, ob wir in der Bundesrepublik Deutschland eine Notstandsgesetzgebung brauchten. Das Thema lag damals in der Luft. Aber niemand wagte, das heiße Eisen anzupacken, obwohl viele Staatsrechtler immer wieder betont hatten, daß eine solche Regelung nach dem Deutschlandvertrag evident und unabweisbar sei.

Ich habe Meyers, Regierungschef des größten Bundeslandes, gefragt, wie er sich in einem solchen Notstandsrecht die Rolle des Militärs vorstelle. In allen demokratischen Staaten sei ja das Militär im Notstandsfall die Ultima ratio. Meine Hoffnung auf



Bündnispartner Johnson, Erhard*: „Heikle Versprechen“

* Beim Antrittsbesuch des Kanzlers in Texas im Dezember 1963.

Diskretion trog. Franz Meyers zog aus dieser Unterredung und aus den von mir gebrauchten Formulierungen völlig falsche Schlüsse und erstattete Adenauer offensichtlich alarmiert Bericht.

Bundespräsident Lübke wurde von Adenauer daraufhin mit der absurden Nachricht aufgeschreckt, Strauß plane einen Staatsstreich. Lübke, der mich von diesem Gespräch unterrichtete, wies die absonderliche Unterstellung Adenauers auf der Stelle zurück. Diesen Vorgang sah ich als Spätfolge meiner in Adenauers Augen ungebührlichen Meinung vom Herbst 1961, daß die Zeit eines Kanzlerwechsels gekommen sei. Zu diesen Spätfolgen gehörte auch Adenauers nicht gerade übertriebene Loyalität zu seinem während der SPIEGEL-Krise wankenden Verteidigungsminister.

Ludwig Erhard war ein herausragender Wirtschaftspolitiker von singulärem Rang, dem auch die Tatsache, daß ihm die tagtägliche Verwaltung des Wirtschaftsministeriums weit weniger lag, keinen Abbruch tat. Sein Ministerium war im wesentlichen von seinem Mitstreiter und Freund, Staatssekretär Alfred Müller-Armack, in Ordnung gehalten worden. Erhard, ein Symbol für Aufstieg und Leistung, war jedoch unermüdlich in seiner Missionstätigkeit für die Soziale Marktwirtschaft, im Inland wie im Ausland. Er war der Mann einer klaren Grundsatzentscheidung und des Mutes, sie durchzusetzen.

In außenpolitischen und militärischen Fragen aber gingen unsere Meinungen schon früh weit auseinander. Eine geradezu groteske Auseinandersetzung mit Erhard – allein schon vom Thema her – hatte ich 1957 als Verteidigungsminister. Es ging um das für das Schuhwerk der Bundeswehr verwendete Leder, über dessen miserable Qualität in der Truppe heftig geklagt wurde. Bei einer Abteilungsleitersitzung im Verteidigungsministerium fragte ich, warum unsere Soldaten denn dieses furchtbare Schuhzeug tragen müßten, das völlig unzulänglich sei, einer Bettlerarmee angemessen. Der für das Schuhwerk zuständige Abteilungsleiter erläuterte mir, daß es eine Abmachung mit dem Wirtschaftsminister gebe, wonach zum Zwecke der Sicherstellung einer optimalen Versorgung der Bevölkerung für die Bundeswehr nur Leder zweiter Qualität verwendet werden dürfe.

Daraufhin gab es auf meiner Seite eine Explosion. Ich habe Erhard erklärt, daß ich mich durch diese absurde Abma-

chung, die er mit Blank getroffen habe, nicht gebunden fühle. Wir hätten in der Bundesrepublik 50 Millionen Einwohner, die alle ihre Schuhe hätten. Die Bundeswehr habe – damaliger Stand – etwas mehr als 100 000 Mann; wenn wir für sie besseres Leder beanspruchten, beeinträchtige das die zivile Versorgung überhaupt nicht. Ich setzte mich durch.

Erhards Unverständnis für außenpolitische Zusammenhänge gipfelte in seiner den Amerikanern gegenüber bekundeten Bereitschaft, Bundeswehr nach Vietnam zu entsenden. In den

Tagen nach Weihnachten 1963 hatte er Lyndon B. Johnson einen Antrittsbesuch abgestattet. Der Präsident bereitete ihm auf seiner Ranch in Texas einen rührenden Empfang mit dem Abspielen von

Weihnachtsliedern, worüber die Amerikaner noch lange gelacht haben. Die Deutschen hatten weniger zu lachen. Erhard machte nicht nur heikle Versprechen hinsichtlich einer Beteiligung an den Kosten der amerikanischen Truppenstationierung in der Bundesrepublik.

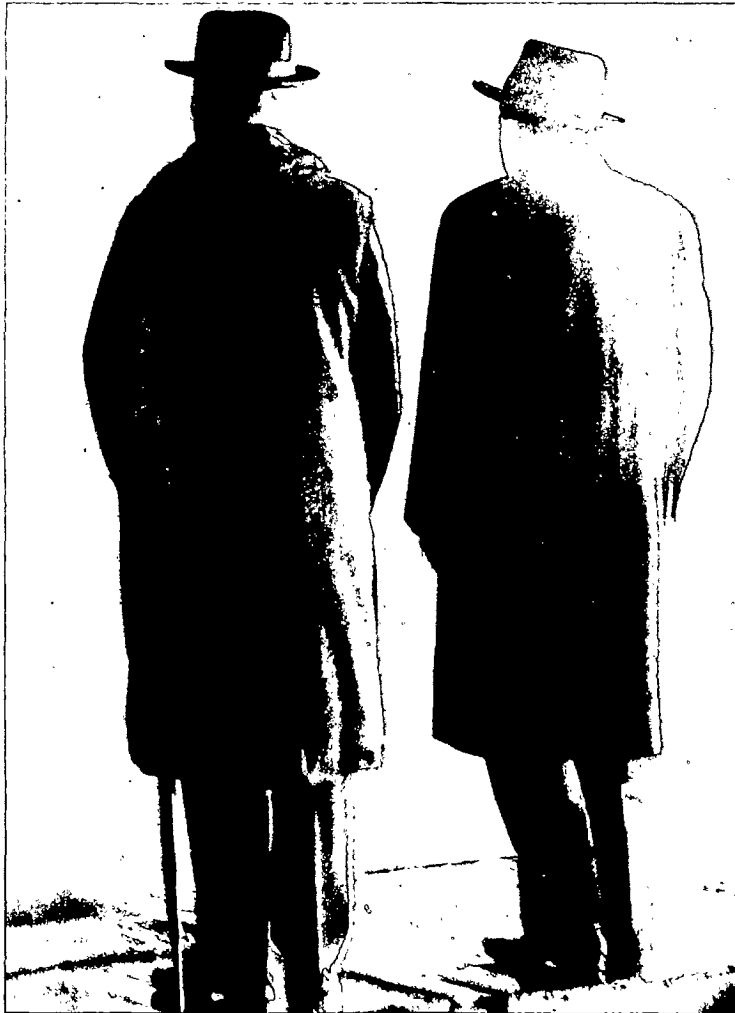
Der Bundeskanzler ließ sich offensichtlich zu weit verlässlicheren Zusagen verleiten. Davon erfuhr ich im Mai 1964, als ich mich mit US-Verteidigungsminister Robert McNamara traf – eine Begegnung, die mir aus mancherlei Gründen denkwürdig geblieben ist. Auf meine Frage, wie es im Vietnamkrieg stünde, bekam ich die verblüffende Antwort: „Vergessen Sie Vietnam. Der Krieg ist zu Ende.“

Mein unglaubliches Staunen erfuhr dann

die Belehrung: „Der Rest ist nur noch eine Polizeiaktion.“ Dafür allerdings, so McNamara, brauchten die USA die Unterstützung ihrer Verbündeten. Bundeskanzler Erhard habe bei seinem Besuch im Weißen Haus im vertraulichen Gespräch ja bereits zugesichert, daß die Bundeswehr einige Bataillone für Vietnam zur Überwachung des Friedens stellen werde.

Ich war wie vor den Kopf geschlagen, glaubte, falsch gehört zu haben, vergewisserte mich durch Nachfragen. Der US-Verteidigungsminister blieb bei seiner Darstellung. Ich warnte McNamara eindringlich. Vielleicht sei den Amerikanern die deutsche Situation nicht ganz vertraut – ein Bundeskanzler, der deutsche Soldaten nach Vietnam schicken wolle, würde vom Volkszorn in einem Sturm der Entrüstung hinweggefegt werden.

Erhard reduzierte seine Aussage später dahingehend, daß er nur ein Sanitätsbataillon gemeint habe. Auch dies war reichlich naiv.



Gegenspieler Adenauer, Strauß*: „Eine ausgemachte Lüge“

* Beim Großen Zapfenstreich für den scheidenden Minister am 19. Dezember 1962 auf dem Flughafen Köln-Bonn.